Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 20

Artikel: Die persische Reformbewegung kam nicht zu früh : knapp vor dem Zugriff des Kremls

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076440

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telephon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— **50 Rp.**

2. Jahrgang, Nummer 20 **Bern, 24. Mai 1961** *Erscheint wöchentlich*

Autorität kann gegen den Totalitarismus nötig sein

Auf die problematische Lage in Südkorea hat diese Zeitschrift vor mehr als einem Jahr und vor dem Sturz des Regimes Syngman Rhee schon hingewiesen. Die durch die Studenten an die Macht gebrachte Regierung ist mit grossen Hoffnungen begrüsst worden, Hoffnungen, die sich leider nicht gerechtfertigt haben. Wie konnte es kommen, dass ein Volk sich vor elf Jahren so heldenhaft gegen den kommunistischen Eindringling schlug, in der Zwischenzeit aber trotz umfangreicher Hilfe den Wiederaufbau nicht zu bewerkstelligen vermochte? Wie konnte es kommen, dass die Bedrohung durch das kommunistische Nordkorea nicht nachliess und 14 Jahre Demokratie dazu führten, dass eine Militärjunta die Macht in Südkorea übernehmen musste?

Die Frage ist von grundsätzlicher Bedeutung und die Antwort unseres Erachtens im Unterschied der politischen Systeme Demokratie und Kommunismus zu suchen. Ein Land mit kommunistischem Regime wird einem einheitlichen Willen unterworfen, der auf den Ausbau der staatlichen Macht abzielt. Eine Demokratie dagegen erhält ihre Zielsetzung vom Volke, das aus seiner individuellen Lage heraus den Volkswohlstand anstrebt. Staatliche Macht und Volkswohlstand sind jedoch bis zu einem gewissen Grad Gegensätze. Die staatliche Macht wird gehoben durch Aufrüstung, Förderung der wissenschaftlichen Arbeit und Gewinnung der öffentlichen Meinung. Der Volkswohlstand misst sich am Verbrauch.

Quelle des Reichtums ist in erster Linie das Ergebnis der Arbeit eines Volkes. Dieses Arbeitsprodukt muss zu einem bestimmten Teil verbraucht werden, damit der Mensch leben kann; er benötigt ein physisches Existenzminimum. Es wird aber nicht ganz verteilt. Was vom Arbeitsprodukt nach Abzug des Existenzminimums übrigbleibt, kann auf verschiedene Weise verteilt werden: neben der Investition zum weiteren Ausbau des Produktionspotentials o d e r zum Aufbau der staatlichen Macht. Da, wo der Mensch frei entscheiden kann, zieht er vor, seine persönliche Lage zu verbessern: eine grössere Wohnung, ein Kühlschrank, ein Automobil, ein Fernsehapparat, eine grosszügigere Freizeitgestaltung stehen zuoberst auf seiner Dringlichkeitsliste. Als Folge bleibt der Demokratie wenig übrig zum Ausbau der staatlichen Macht. Im kommunistischen Totalitarismus dagegen entscheidet nicht der einzelne Mensch über die Verwendung des Arbeitsproduktes: Partei und Staat bestimmen auf Grund der Planwirtschaft die Produktion zu voraus und teilen die Verbrauchsgüter zu. Als Folge bleibt dem Einzelnen wenig übrig zur Hebung seines Lebensstandardes, während der Staat seine Macht ausbauen kann.

Wenn totalitärer und demokratischer Staat in Konflikt geraten, ist zunächst die Demokratie benachteiligt, weil sie der staatlichen Macht zuwenig Aufmerksamkeit schenkt. Sie wird nun gezwungen, ihrerseits die staatliche Macht auszubauen und hat hierzu zwei Möglichkeiten: freiwilliger Verzicht der Staatsbürger auf einen Teil des Wohlstandes — was ein hohes Verantwortungsbewusstsein voraussetzt — oder Einsatz von Zwangsmitteln durch ein autoritäres Regime. Diese letztere Lösung drängt sich gerade für Entwicklungsgebiete auf. Deshalb darf ein autoritäres Regime wie die Militärjunta in Südkorea durch die freie Welt nicht grundsätzlich abgelehnt werden.

Peter Sager.

Die persische Reformbewegung kam nicht zu früh

Knapp vor dem Zugriff des Kremls

Der Lehrerstreik mit seinen nachfolgenden Unruhen, der in Persien zur Regierungskrise, zur Einsetzung von Ministerpräsident Amini, zur Säuberung einer korrupten Verwaltung und zur Ankündigung sozialer Programme führte, bot dem Land noch eine Chance.

Die Reform kann der drohenden kommunistischen Revolution noch zuvorkommen, aber es darf nicht mehr beim blossen Anlauf bleiben, wie schon mehrmals in den letzten Jahren der iranischen Geschichte.

Persien, Nachbar der Sowjetunion im Kaspischen Raum und einer der grossen orientalischen Erdölproduzenten, ist im politisch-wirtschaftlichen Spannungsfeld von Ost und West von grösster Bedeutung.

Der Kreml arbeitet seit einiger Zeit mit immer intensiverem Propaganda-Aufwand, der sich vor allem an die noch relativ junge Mittelschicht der Intelligenz und der Studenten richtet, auf den totalen Umsturz als ersten Schritt zu einem kommunistischen Regime hin. Der Subversion bieten sich reale Angriffsflächen genug. Einer Oligarchie gehört nach wie vor praktisch der ganze Reichtum des Landes. Nahezu neun Zehntel der 20 Millionen Einwohner sind Analphabeten. Die Korruption in der Verwaltung übertrug sich in den letzten Jahren von einer Verwaltung auf die andere. Der Schah, dessen unmittelbar bevorstehenden Sturz Chruschtschew in einem kürzlichen Interview als Selbstverständlichkeit erwähnte, ist Zielscheibe der kommunistischen Agitation. Er wird persönlich von Moskau als Inbegriff der Reaktion befehdet, völlig verleumderisch, nahm er doch schon vor Jahren mit der Verteilung seiner persönlicher Güter die Initiative zu einer besseren Vermögensverteilung. Als Staatsmann kann man ihm freilich mit der Bemerkung aufwarten, dass seine Anstrengungen (und er verfügt immerhin über grosse verfassungsmässige Kompetenzen) wenig gefruchtet haben. Integrität ohne Effektivität kann aber heute in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Totalitarismus nicht mehr genügen. Mit seiner Reformbewegung muss der Schah beweisen, dass er ein Mann der Zukunft und nicht der Vergangenheit ist.

Der Westen könnte sich nämlich nicht allzulange — wie schon so oft — mit den Gutmeinenden auf dem abgesägten Ast indentifizieren, wenn er nicht das Gesetz des Handelns völlig verlieren will. Wir müssen die Bewegungen der Zeit nicht stoppen, sondern erfassen und zu einer freien Welt führen. Diese muss Reformen nicht nur dulden, sondern vielmehr fördern, ja auslösen. Das freilich nicht als Konzession an die kommunistische Subversion, sondern als zielbewusste eigene Aktivität gegen den Tototalitarismus

Der Schah von Persien ist ein Mann guten Willens. Zugleich ist er reales Oberhaupt und Repräsentant seines Landes. Er steht heute nicht nur im Existenzkampf gegen den Kommunismus, sondern auch in einer Bewährungsprobe vor der übrigen Welt.

Wie die Erfahrung gezeigt hat, können Studenten unter den politischen und sozialen Bedingungen Persiens eine bedeutende Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung spielen. Das Staatsstreichregime, das mit seiner ganzen betrügerischen Unverschämtheit die Rechte der Studenten unterdrückt und die brutalen Methoden ihrer Niederhaltung zu verbergen sucht, trifft auf immer grössere Hindernisse.

Ostberliner Radiosendung an die persische Studentenschaft, 7. Februar 1961.